

Enztal-Bote

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich;
durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.30,
im sonst. inländischen Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.
Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeilen
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 109. Fernsprecher Nr. 85.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftl.: Th. G. A. G., beide in Wildbad.

Nr. 240

Donnerstag, den 23. Oktober 1919

Jahrgang 53

Der Untersuchungsausschuß.

Berlin, 21. Okt.

Am Untersuchungsausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die Friedensmöglichkeiten erstattete nach der Vereidigung der Sachverständigen Abg. Dr. Singheimer das Referat. Er führte u. a. aus: In Erfüllung der Aufgaben des Ausschusses ist der Gegenstand der Beratung die sogenannte Friedensaktion Wilsons. Dem Ausschuss haben amtliche Geheimakten des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestanden. Die des Admiralschefs, des Kriegsministeriums und des Generalstabs sollen in einem späteren Stadium der Verhandlungen herangezogen werden. Eine der Hauptfragen werde es sein, in welchem Verhältnis die Friedensaktion vom 12. Dez. 1916 mit der von uns angeregten und auch von Wilson in Aussicht gestellten Friedensaktion stehe. Das Wesentliche in dem Vermittlungsangebot Wilsons war die Bitte, genaue Friedensbedingungen mitgeteilt zu erhalten. Die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann enthielt indessen keinerlei Andeutungen darüber. Gleichzeitig teilte eine neutrale Macht mit, daß ein Friedensappell Wilsons in Aussicht stehe, der äußerst ernst zu nehmen sei. Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht war bereits am 18. Dezember in Berlin bekannt. Am 26. Dezember erfolgte die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann, die dahin ging, daß er auf die Aufforderung, bestimmte Friedensbedingungen abzugeben, nicht eingehen könne. Es werde nimmermehr festzustellen sein, welche bestimmter Friedensbedingungen unserem Friedensangebot vom 12. Dez. zu Grunde gelegt waren. Graf Bernstorff macht wiederholt energische Versuche, wenigstens vertraulich vor der Reichsregierung die Friedensbedingungen nach Washington mitgeteilt zu erhalten. Staatssekretär Zimmermann hat ihm am 7. Januar, die Frage der vertraulichen Mitteilung der Friedensbedingung zögernd zu behandeln. Darauf wurde am 29. Januar der rücksichtslos Unterredungskrieg beschlossen.

Vorschafter a. D. Graf Bernstorff führte u. a. aus: Wilson habe bereits im Anfang August 1914 sofort nach Kriegsausbruch eine Friedensvermittlung versucht. Im September desselben Jahres habe er einen zweiten Versuch machen lassen, der daran scheiterte, daß die Entente ihn gar nicht beantwortet hat. Aber (der Vorschafter) nach der „Lusitania“-Angelegenheit eine Audienz bei Wilson hatte, rief ihm dieser, Deutschland solle durch ein Nachgeben im U-Bootskrieg einen Appell an die Moral richten. Da nur durch eine Verständigung und nicht mehr durch die Waffen der Krieg endgültig entschieden werden könnte, so würde er, wenn wir den U-Bootskrieg aufgeben würden, auf die englische Regierung zwecks Aufhebung der Aushungerung Deutschlands einwirken. Das englische Kabinett werde darauf eingehen und er hoffe, daß dadurch der Anfang gemacht sei für ein Friedensaktion im großen Stil. Das war am 2. Jan. 1915. Nach Eintritt Rumänien in den Krieg habe Oberst House Bernstorff mitgeteilt, daß eine Vermittlung Wilsons zurzeit unmöglich sei, weil die Entente völlig siegesgewiß geworden sei und Wilson daher abweisen würde. Nach ergänzenden Ausführungen des Vorsitzenden und weiteren Auskünften des Referenten erklärte Graf Bernstorff auf eine Anfrage des Abg. Ragenstein, daß das deutsche Friedensangebot vom 12. Dez. von der amerikanischen Regierung als eine Geschäftsbildung für die amerikanische Friedensaktion aufgefaßt worden sei, weil es als ein Zeichen von Deutschlands Schwäche ausgelegt wurde. Das habe Oberst House ihm im Auftrag des Präsidenten gesagt.

Zum Schluß führte Abg. Dr. Singheimer aus: Ja, stelle fest als Ergebnis der heutigen Sitzung: Haben Sie Ihre Instruktionen in dem Sinne aufgefaßt, daß Sie der Präsidenten oder den Obersten House ermuntern oder beeinflussen sollten, eine Friedensaktion zu unseren Gunsten zu unternehmen?

Graf Bernstorff: Ja!

Dr. Singheimer: War Wilson bereit, diesen Wänschen Rechnung zu tragen?

Graf Bernstorff: Ja!

Dr. Singheimer: War innerhalb dieses Rahmens, der Ihnen gesteckt war, Wilson bereit, auf eine Friedenskonferenz mit internationaler Grundlage einzugehen, auch wenn bestimmte Friedensvorschläge unsererseits nicht gemacht würden?

Graf Bernstorff: Ja! (Bewegung.)

Darauf wurde die Vernehmung auf Mittwoch vertagt.

Berlin, 22. Okt. In den Kreisen der feindlichen Verbandskommissionen wird erklärt, daß für die Untersuchungen des parlamentarischen Ausschusses kein Interesse bestehe, da die Schuldfrage nicht in Berlin entschieden werde.

Das Börsenspiel.

An den deutschen Börsen herrscht seit etwa drei Wochen ein wildes Treiben. Die Papiere aller Art schmelzen in die Höhe wie nur je einmal in Tagen der industriellen Hochkonjunktur. Wenn man daneben die deutsche Valuta in Betracht zieht, die just eben jetzt auf einem Tiefstand angelangt ist, wie noch nie, so muß auch einer, der wenig oder gar nicht in das Börsenwesen eingeweiht ist, eine Ahnung davon bekommen, daß es nicht mit rechten Dingen zugehen kann, wenn Aktienpapiere seit dem 1. August ds. Js. um das Doppelte, ja Dreifache des damaligen Wertes gestiegen sind. So sind z. B. die Steana Romana-Aktien von 397 auf 865 getrieben, die Höchster Farbwerke von 292 auf 385, die badischen Anilin-fabriken von 326 auf 496, ferner die Kolonialpapiere Neu Guinea von 199 auf 445, Otavi-Anleihe von 128 auf 354, und es ließe sich noch eine ganze Reihe solcher Kurssteigerungen anführen. Was ist denn geschehen, das eine derartige Hochbewegung oder „Hauffe“, wie man an der Börse sagt, rechtfertigen könnte? Unsere allgemeine wirtschaftliche Lage gibt wahrhaftig keinen Anlaß zu dem „Optimismus“, der in den gegenwärtigen Börsenkursen scheinbar zum Ausdruck gebracht werden soll. Rein, es ist vielmehr darauf abgesehen, unter Ausnutzung der großen Geldflüssigkeit Papiere zu möglichst hohem Preis abzustößen, denen man aus irgendwelchen Gründen nicht mehr traut. Es ist voranzusehen, daß auf die Hauffe wieder eine tüchtige „Bauffe“, eine Tiefbewegung kommt, denn der Rückschlag auf diese wilde Kurstreibererei kann nicht ausbleiben. Es ist daher dringend davor zu warnen, an dem Börsenspiel sich zu beteiligen und sich jetzt zu Käufen der in die Höhe getriebenen Papiere verleiten zu lassen; Verluste wären unvermeidlich.

Neues vom Tage.

Die Arbeitskonferenz doch beschied.

Berlin, 22. Okt. Die Reichsregierung hat beschlossen, die Arbeitskonferenz in Washington doch zu beschicken. In den wissenschaftlichen Beiräten gehört bei dem Abg. Schulze-Gävernitz Freiburg. Der „Vorwärts“ schreibt, die Beauftragten aus Deutschland werden gleich berechtigt sein.

Die Abstimmung in Nord-Schleswig.

Berlin, 22. Okt. Die französische Regierung hat mitgeteilt, daß sie auf die Bitte der deutschen Regierung einige tausend Kriegsgefangene und Zivilinternierte freigelassen habe, die aus dem schleswigischen Abstimmungsgebiet stammen, damit sie an der Volksabstimmung teilnehmen können.

Mißbilligung der neuen Koalition.

Miel, 22. Okt. Die schleswig-holsteinische Landespartei des Kreises Rendsburg mißbilligte den Eintritt der Demokraten in die Regierung.

Der Eisenbahnerstreik brigelegt.

Frankfurt a. M., 22. Okt. Zwischen den Frankfurter Eisenbahnern (Deutscher Eisenbahnerverband) und der Eisenbahndirektion ist gestern nachmittag der Konflikt brigelegt worden. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der sie den Beschluß auf Austritt des Eisenbahnpräsidenten Dr. Stapp, des Oberregierungsrats Lütke und des Oberbaurats Straßburg aufhebt und den Beschluß gegenüber dem Allgemeinen Eisenbahnerverband zurücknimmt.

Die Verkehrsrolle im Ruhrrevier.

Essen, 21. Okt. Die Wagengestellung der Bechen die am 15. Oktober etwa 17.300 Wagen erreicht hatte, ging in den letzten Tagen wieder zurück. Am Samstag betrug sie etwa 14.000, die Zehlfüßer fast 10.000 Wagen. Zum Abtransport von den Häfen ist es kaum gekommen. Die verstärkt einpendenden Herbsttransporte, sowie die lange Laufzeit der Wagen mit der Wibergrutmachungskohle haben u. a. die Verschlechterung der Eisenbahnverkehrsverhältnisse verursacht.

Aus dem besetzten Gebiet.

London, 22. Okt. In Straßburg ist (nach Reuters) eine Verschwörung zur Selbständigmachung Elsas

Lothringens entdeckt worden. Ein Gewerkschaftsführer, ein früherer Abgeordneter und ein französischer Sozialist sollen in die Angelegenheit verwickelt sein. Drei Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Krieg nach dem Kriege.

Luxemburg, 22. Okt. Die der Geisenkirchener Bergwerksgesellschaft gehörigen Hochöfen und Erzgruben in Deutsch-Loth wurden von der französischen Firma Schneider-Creuzot im Versteigerungswege um 26 Mill. Franken erworben. — So geht ein deutsches Besitzstück um das andere in feindliche Hände über.

Putzsch Vorbereitung.

Berlin, 22. Okt. An der schweizerischen Grenze wurden Schriftstücke von Sendboten der deutschen kommunistischen Jungburschenbewegung abgefangen, aus denen hervorgeht, daß die Revolutionsfeier in Deutschland vom 7. bis 9. November zu einem großen kommunistischen Gewaltstreich ausgenutzt werden soll.

Wien, 22. Okt. Hier wurde in der Wohnung des Wiener Kommunisten Friedländer der Schweizer Kommunist Paul Ruegg, der bei Friedländer unter falschem Namen wohnte, verhaftet. Aus den bei ihm beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß Ruegg von deutschen Kommunisten mit einem politischen Auftrag nach Wien gesandt worden war. Ruegg wollte sich von hier nach Rom begeben.

Die Gefangenschaft Madensens.

Berlin, 22. Okt. Ueber den Aufenthalt des Generalfeldmarschalls v. Madensens gehen uns von zuverlässiger Seite folgende Mitteilungen zu: Der Marschall, der in kurzem sein 70. Lebensjahr vollendet, wird jetzt in Saloniki festgehalten, wo zu seiner Aufnahme das außerhalb der Stadt gelegene bisherige Geschäftshotel der Flieger dient. Man will von der Ankunft des Feldmarschalls erst zwei Tage vorher erfahren haben. Die Einrichtung ist dementsprechend. Das ganze Anwesen hat ca. 40 Meter Breite und 60 Meter Länge. In ihm wohnen außer 48 Deutschen noch 50 Neger. Die Unruhe Tag und Nacht, die Hitze und die schlechte Luft sind unerträglich. Allein auf der staubigen Lagerstraße ist dem General einige Bewegung möglich. Auf der anderen Seite grenzt das Grundstück an das Meer. Dieser Vorzug wird aber weit gemacht durch die umliegenden ärmlichen Fabriken. Man fürchtet für die Gesundheit des Feldmarschalls, der unter den Eindrücken und Strapazen der jetzt einjährigen Internierung bei seinem hohen Alter schwer leidet, das Schlimmste. Dabei hat ihm in französischer General mitgeteilt, daß er bis zur Ratifizierung des Friedensvertrags von den Alliierten in Saloniki festgehalten werde.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 22. Okt. Der „Temps“ meldet, der Oberste Rat werde von der deutschen Regierung die Herausgabe der Geheimakten der früheren Regierung verlangen, um auf Grund dieser Akten die Auslieferung der deutschen Staatsangehörigen festzustellen. — Eine unerhörte Zumutung!

Minister Pichon sagte im Senatsauschuß, die erste Liste der auszuliefernden Deutschen enthalte nur die Namen von Personen, die gemeiner Verbrechen beschuldigt werden.

Das diplomatische Aktenstück, welches die Ratifikation des Versailler Vertrags enthält, wurde gestern im Justizministerium mit dem Staatsiegel versehen. Die handschriftliche Ratifikationsurkunde, von Poincaré gezeichnet und von Pichon gegengezeichnet, wird folgen.

Das Verbot der Ausfuhr deutscher Lebensmittel-schiffe aus englischen Häfen wurde gestern nach tägiger Dauer wieder aufgehoben.

Die französische Demobilisierung wurde bis zum Austausch der Ratifizierungsurkunden eingestellt.

London, 22. Okt. Reuters meldet aus Washington: Bevor der Senat den Friedensvertrag nicht bestätigt hat, werden keine amerikanischen Truppen zur Aufsicht in die Abstimmungsgebiete entsandt.

Washington, 22. Okt. Senator Lodge, der Führer der Republikaner, erklärte, der Friedensvertrag werde in amerikanischer Form angenommen werden. Die Vorbehalte werden den Frieden sichern und die Freiheit und Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten gewährleisten.



Aus Washington wird gemeldet, die republikanische Mehrheit werde nötigenfalls einen Sonderfrieden mit Deutschland schließen, wenn der Austausch der Behauptungsurkunden zwischen Frankreich, England, Italien und Deutschland stattfindet, bevor Amerika den Vertrag bestätigt hat.

Milliardenanleihe an England.

Newport, 22. Okt. Die Firma Morgan hat mit Großbritannien eine Anleihe von 250 Millionen Dollar abgeschlossen.

Unruhen in Ägypten.

London, 22. Okt. „Times“ meldet aus Alexandria, daß am Freitag eine große Kundgebung zu Gunsten der Unabhängigkeit Ägyptens abgehalten wurde. Es wurde gerufen: „Weg mit Milner!“ Ägyptische Truppen und Polizei treiben die Menschenmassen, ohne große Verluste an Menschenleben, auseinander.

Schulferien.

Berlin, 22. Okt. In ihrer gestrigen Sitzung beschloß die Kultusminister der deutschen Freistaaten zunächst mit den politischen Schülerverbänden. Es herrschte Übereinstimmung, daß die Schule politisch neutral bleiben müsse und daß innerhalb der Schule Parteipolitik nicht getrieben werden dürfe. Sodann wurde u. a. beschlossen, den Beginn des Schuljahrs ins Frühjahr, möglichst auf 1. April jeden Jahres, reichsgegliedert festzusetzen.

Proteststreik.

Krefeld, 22. Okt. Der Proteststreik gegen die Gewalttätigkeiten der belgischen Besatzung greift auch im unbesetzten Gebiet immer weiter um sich. Auch hier ist die gesamte Arbeiterschaft in den Ausstand getreten, der Verkehr der Eisenbahn und Straßenbahn ruht. In Spröden fand eine Protestversammlung statt, der 50 000 Personen anwohnten.

Aus der Republik Völler.

Birkenfeld, 22. Okt. Bei den Gemeindevahlen wurden in Birkenfeld 10 Kandidaten der Vereinigten Politischen Parteien, 2 Unabhängige und 3 Republikaner (Anhänger Völlers) gewählt. In Oberstein war das Ergebnis: 4 Demokraten, 4 Mehrheitssozialisten, 2 Unabhängige, 2 Zentrumsvertreter und 2 Deutsch-Boisparteiliche, 0 Republikaner.

Deutscher Sängerbund.

In Weimar trat in voriger Woche nach mehr als vierjähriger Pause der Gesamtschau des Deutschen Sängerbunds unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts V. v. Berlin zu mehrtägigen Beratungen zusammen. Wie mitgeteilt wurde, ist überall ein schnelles Wiederaufleben und starkes Anwachsen der Vereine festzustellen, sodaß die in den 77 Bänden und 35 Auslandsvereinen vor dem Krieg vorhandene Zahl von 206 000 Sängern bald wieder erreicht sein dürfte. Gegenüber der aufgetretenen Frage eines Zusammenschlusses mit dem Arbeiter-Sängerbund stellte sich der Gesamtschau auf den Standpunkt, daß der Deutsche Sängerbund für alle deutschen Gesangsvereine offen stehe, daß er jedes Mittel, die Annäherung der Volksklassen zu fördern und Gegenseite auszugleichen, begrüße, daß er aber in seiner Organisation keine Jugendabteilungen machen kann an Vereinigungen, denen das deutsche Lied eine Waffe im parteipolitischen Kampfe bedeute. Einer Arbeitsgemeinschaft mit diesem und anderen Verbänden bei besonderen Gelegenheiten stehen keine Bedenken entgegen. Das 9. Deutsche Sängerbundsjest wird spätestens 1924 in Hannover abgehalten werden, wobei ein schlichtes, würdiges Denkmal für die im Weltkrieg gefallenen Krieger-Sänger eingeweiht werden soll. Zur Erweiterung des Bundesliederbuchs

wird eine bald erscheinende Sammlung neuer Männerhören werden die erforderlichen Schritte eingeleitet, ein Ausbau der Sängerbandeszeitung wurde in Aussicht genommen. Die Bewilligung von Ehrengaben aus der Sängerbundesverwaltung und aus der Bundeskasse an Konfessoren oder deren Hinterbliebenen in Höhe von Mk. 8 200. — für die Jahre 1918 und 1919 wurde ausgesprochen. Aufgenommen wurde der Märkische Sängerbund mit 116 Vereinen und 2000 Sängern. Endlich beschloß der Gesamtschau, vorbehaltlich der Genehmigung des 1920 in Dresden stattfindenden Sängertags, die Geschäftsführung des Bundes dem Berliner Sängerbund zu übertragen.

Vollzählung. Balingen 4014 (1910: 4101), Lauffen a. N. 4472, Beßigheim 3124, Galtu 5560 (5596), Troßingen 5128, Weßling 2872 (2937), Göglingen 1326, Heidenheim 18 458 (17 780), Sindelfingen 5057 (4589), Munderkingen 1950, Wurzach 1434, Gingen-Brenz 3225 (3456).

Die Polizeistunde. Das bad. Ministerium des Innern und das Arbeitsministerium erlassen eine in aller nächster Zeit in Kraft tretende Verordnung, wonach die Polizeistunde auf 10 Uhr, an Samstagen und Tagen vor Feiertagen auf 11 Uhr festgesetzt wird. Nach 8 Uhr abends dürfen in Wirtschaften warme Speisen nicht mehr verabfolgt werden. Theater, Lichtspielhäuser und sonstige Vergnügungstätten sind spätestens um 10 Uhr abends zu schließen. Außerdem wird bestimmt, daß die Kinos erst von 6 Uhr abends ab, an Sonntagen und Feiertagen sowie an Samstagen von 8 Uhr ab geöffnet sein dürfen. Offene Verkaufsstellen dürfen erst vormittags 9 Uhr ihre Türen öffnen und müssen abends 6 Uhr schließen. An Samstagen dürfen sie bis 7 Uhr geöffnet sein. Nur Lebensmittelverkaufsstellen dürfen vor 9 Uhr vormittags öffnen. Gewerbliche Betriebe und die nichtbetriebl. Büros dürfen nur von morgens 8 Uhr bis abends 5 Uhr ihre Arbeiter und Angestellten beschäftigen. Von dieser Beschränkung sind die Bäckereien, Friseur-, Verkehrsanstalten usw. ausgenommen. Die Schaufensterbeleuchtung muß auf das notwendigste Maß beschränkt werden.

Zur Weinpreisfrage geht dem „N. T.“ folgende Zuschrift zu: Wer hat nun Recht gehabt, der unsachverständige Ernährungsbeirat des Ernährungsministeriums oder die wirklich Sachverständigen? Die Weingärtner haben einen Vertragspreis von 1200 Mk. Grundpreis und 30 Prozent Qualitätszuschlag verlangt, und um diesen Preis wäre der größte Teil des württ. Weins auf den Markt gekommen. Der Ernährungsbeirat hat diesen Antrag abgelehnt und eine ganz unangemessene Preisfestsetzung vorgenommen. Die Wirkung ist, daß vom Bodensee bis zum Tauberggrund um die festgesetzten Höchstpreise keine Ware zu bekommen ist. Heute werden in den Weinbaugemeinden von den Wirten 1800 bis 2000 Mark für den Eimer Wein geboten. Die Weingärtner würden diese Preise nicht genommen haben, wenn sie ihnen nicht von den Wirten geboten würden, von den selben Wirten, die vorher über die verlangten Vertragspreise geschimpft haben. Es ist unmöglich, die Verordnung über die Weinpreise durchzuführen, es müßte sonst sämtliche Weingärtner in ganz Württemberg in Anklagezustand versetzt werden und die Wirte dazu. Wenn die Regierung nicht will, daß Millionen an Weinsteuern für den Staat verloren gehen sollen, so muß sie schleunigst die Verordnung über den Weinverkehr abändern. Die Weingärtner sind heute noch bereit, die vorgeschlagenen Vertragspreise einzuhalten.

Obfahrsuhr. Von einigen Zeitungen war gemeldet worden, ein Beauftragter der Reichsstelle für Gemälde und Bild. der bei der württ. Landesverordnungs-

stelle sitze, mache durch das von ihm nach Norddeutschland ausgeführte Obst einen Gewinn von 600 000 Mark. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt, daß das unrichtig sei. Der Betreffende, der allerdings früher Beauftragter der Reichsstelle war, ist von der bayer. Kreisobststelle in Würzburg beauftragt, die Obstbestellungen aus Norddeutschland in Bayern anzunehmen. Soweit die bayer. Stelle sie nicht befriedigen könne, werden sie der württ. Landesverordnungsstelle mitgeteilt, die die Anmeldungen an den zur Ausfuhr berechtigten Handel weitergibt, soweit ein Ueberchuß an Tafelobst vorliegt. Obstobst kommt nicht in Frage. Aus württ. Mitteln erhält der Würzburger Kommissionär keine Belohnung.

Einjchränkung des Zugverkehrs in Baden. Die Generaldirektion der bad. Staatsbahnen gibt bekannt, daß sie infolge starken Kohlenmangels veranlaßt sei, nicht nur den Sonntagszugverkehr auf allen Haupt-, Neben- und Privatbahnen ruhen zu lassen, sondern auch vom 23. Oktober an auch Werktags eine Reihe von Zügen bis auf weiteres einzustellen. Sollte sich der Kohlen- und Lokomotivmangel weiter verschärfen, so müßte mit der vorübergehenden Einstellung des gesamten Schnell- und Personenzugverkehrs gerechnet werden.

Der Weistanz. Ein Leser schreibt dem „Heidelb. Tagbl.“: Am Samstag abend fand ich vor einem Lokal in Neuenheim, wo eine Tanzunterhaltung stattfand, drei oder vier junge Leute in heftigen Weistanzwendungen auf dem Gehweg liegen, die an der Unterhaltung teilnahmen. Sie schlugen mit Köpfen und Gliedern auf dem Pflaster wild um sich. Es wäre interessant, das Urteil eines Arztes darüber zu hören, ob die Verbreitung der Tanzzeit im Zusammenhang steht mit der wissenschastlich noch nicht genügend erforschten Verbreitung des Weistanzes, der zurzeit in starkem Maße beobachtet wird.

99 000 Mark in den Stiefelsohlen. Die Militärpolizei der Abteilung für Wiederbeibringung gestohlenen Heeresguts in Berlin kam einigen Dieben und Schmugglern auf die Spur, die rosigesteuerte Tausendmarknoten nach Holland zu verschleusen suchten. In einer Schuhmachereibude wurden drei Schmuggler in den Augenblick gefaßt, als sie sich in ausgehöhlte Stiefelsohlen zusammengedrückte Banknoten einnägen ließen. Die ganze Gesellschaft wurde verhaftet. Die gefundenen Noten im Wert von 99 000 Mark wurden beschlagnahmt.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 21. Okt.

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen folgt die zweite Beratung des Haushalts: Reichschatzministerium.

Minister Dr. Mayer: Die Verwaltung der im Krieg entstandenen großen industriellen Unternehmungen unter Beteiligung des Reichs (Stidstoff, Aluminium, C. I. trizidat) macht nicht mehr viel Arbeit, da sie, in Gesellschaftsform ausgezogen, sich schon selbst tragen. Die finanzielle Kontrolle der Kriegsgesellschaften bezüglich der Durchführung und die Abschlässe größerer Finanzgeschäfte wird uns nicht mehr lange beschäftigen. Die Hauptarbeit liegt in der Verwaltung und der Verwertung des entbehrlich gewordenen mobilen und immobilien Verresguts. Bisher haben wir 3000 Heereslager und die 8000 weiteren Stellen, an denen sich Heeresgut befindet, fest in der Hand. 150 Millionen Mark für verunrentetes Gut sind zurückgewonnen und weitere 400 Millionen in noch zu erhoffen. 3 Milliarden Mark sind aus mobilen Heeresgut erlöst worden. Heeresbetriebe sollen in Friedensbetriebe umgestellt werden. Diese Betriebe zusammen werden den größten Industrieflecken der Welt bilden. Die Betriebe sind mit dem äußersten Raffinement ausgestattet, für ihre militärischen Zwecke. Die Pulverfabrik

Wolter, der Stammler, hatte nach jählicher Arbeit die Abschreibung eines Folterbuchs vollendet und es mit gleich feiner Federzeichnung geziert; das hatte der neidische Endolt nachlässiger gezeichnet und die Weinflasche darüber geschüttelt. Er war er zu decimalfacher Gehaltsstufe bedanmt, der seine Vollzug stand noch aus: er kannte das Oertlein und die Pflanzzeitige, die ihrem Rang nach an der Wand hingen, von neunstufigen „Storpien“ herab bis zur einfachen „Wespe“.

Der Abt drängte, daß sie vorüber kämen. Seine Kränze waren mit Blumen geschmückt. Frau Hadwig warf sich in den einfachen Rehnstuhl, ausdauern vom Beschel des Erschauten. Sie hatte in wenig Stunden viel erlebt. Es war noch eine halbe Stunde zum Abendbrot.

Ekkehard.
Von
Viktor Schffel.
(Nachdruck verboten.)

... Mindest du an einem Holze oder Steine einen als Antelaulenden Strich, der ist der eben liegenden Teile gemeine Mark. Spaltet sich an dem Striche der Stein oder das Holz entzwei, so sehen wir scheideweise zwei Durchschnitte an dem sichtbareren Spalte, die vorher nur ein Strich und Linie waren. Und überdies sehen wir zwei neue Oberflächen, die also bereit sind als die der Aderer war, da man vor die neue Oberfläche nicht sah. Darum erblickt, daß dieser Aderer vorher zusammenhängend war.

Wenn die das auch aus euren griechischen Büchern? Nein, Herrin, das ist deutscher Brauch. So will ich mich denn auslösen, lasche Frau Hadwig, ersuchte den rotenmangigen Bogler und zog ihn zu sich heran, ihn zu fassen; der aber rief sich von ihr los, sprang in den Kreis der lachenden Genossen und rief: Die Hände kennen wir nicht! Was heißt ihr denn für ein Wögele? fragte die Herzogin. Sie war der Ungeduld nahe. Der Bischof Salomo von Konstanz war auch unser Gefangener, sprach der Schüler, der hat uns drei weitere Kalafanglage erweilt im Jahre und eine Verkraftung an Fleisch und Brot, und hat es in seinem Testament gestiftet und angewiesen. O nimmermale Jugend! sprach Frau Hadwig, so muß ich es zum mindesten dem Bischof gleich tun. Gabt ihr schon Fischen aus dem Bodensee verpfeift? Nein! riefen die Jungen. So sollt ihr jährlich sechs Fischen zum Angedenken an mich erhalten. Der Fisch ist gut für junge Schnäbel. Gebt ihr's mit Brief und Siegel! Wenn's sein muß! Langes Leben der Frau Herzogin in Schwaben! Heil ihr! rief es von allen Seiten, Heil, sie ist frei!